

GASTKOMMENTAR

Unter dem neuen politischen Farbcocktail bekommen wir im inzwischen isolierten Österreich vorgeblich ein neues so genanntes Sparpaket verordnet, verbunden mit der Behauptung, es werde nunmehr endlich eisern gespart. Für den Einzelnen heißt es auch beim jetzigen Notbudget, entgegen aller Wahlversprechungen, höhere Belastungen und geringere Leistungen in Kauf zu

nehmen, solidarisch und mitmenschlich besser zu helfen, gleichzeitig vernachlässigen wir in unverantwortlicher, ja sträflicher Weise Investitionen in unsere Zukunft, in Wissenschaft und Bildung, in Forschung und Entwicklung oder auch in die innere Sicherheit.

Was heißt denn überhaupt „sparen“? Was sparen heißt, weiß jeder Landwirt, weiß jede Hausfrau und jeder Familienvater, weiß jeder Ökonom: Geld durch Konsumverzicht nicht ausgeben und für einen bestimmten Zweck zurücklegen, etwas nicht verwenden oder verbrauchen, um es für eine künftige Gelegenheit, eine künftige Notwendigkeit zur Verfügung zu haben.

Dieses Verständnis ist im öffentlichen Bereich kaum mehr vorhanden. Es wird munter mehr konsumiert



Hannes Androsch

Sparkurs?

nehmen, damit das Auseinanderklaffen der Ausgaben- und Einnahmensströme des Staates nicht noch größer wird und wir mehr recht und schlecht die budgetären Stabilitätsverpflichtungen der EU erfüllen.

Also wird „sparen“ verordnet. Sparen ist oftmals eine lästige Tugend, die im Zusammenhang mit dem Bundesbudget immer wieder zur Belastung für jeden für uns verkommt. Und warum? Weil all den tugendhaften Übungen zum Trotz die Staatsquote steigt, d. h. der Anteil des Staates am jährlich erwirtschafteten Gesamtkuchen größer und größer wird. Die Steuerbelastungsquote hat sich seit 1990 inklusive Sozialabgaben von 41,4% auf inzwischen 44,1% erhöht. Gleichzeitig werden öffentliche Leistungen wie Mutter-Kind-Pass verringert und für unsere Zukunft wichtige Investitionen zunehmend unterdotiert. Wir sind bei allem Wohlstand und bei aller Wohlfahrt nicht in der Lage, den sozial Schwächsten, die auf der Schattenseite ste-

und daher mehr ausgegeben, als durch Einnahmen zur Deckung zur Verfügung steht. Also lebt man auf Pump, wie die sprunghaft gestiegenen Staatsschulden zeigen, ohne dass durch entsprechende Investitionen Werte geschaffen werden. Als Folge müssen beinahe 100 Milliarden für den Zinsaufwand bereitgestellt werden.

Statt eines Sprunges vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit, haben wir zunehmend Sprünge in das Reich der Zwangsbeglückung von der Wiege bis zur Bahre gemacht. Genau hier müssen Korrekturen ansetzen. Ausgaben- und Einnahmensströme sind bei einer verringerten Steuerbelastungsquote in Übereinstimmung zu bringen, und dabei ist eine sinnvolle, zeitgemäße Aufgaben- und Ausgabenverteilung zu Stande zu bringen: mit höherer sozialer Treffsicherheit, mit Schwerpunkten der öffentlichen Investitionen in Bildung, Forschung und innere Sicherheit, bei größerer Effizienz der Leistungserstellung im öffentlichen Bereich.